

europaticker

Ausreichend vorhandene Kapazitäten zur Müllverbrennung in Sachsen-Anhalt

Müllverbrennungsanlage Halle Lochau wird nicht gebaut

Die geplante Müllverbrennungsanlage in Halle Lochau wird nach Aussagen von Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) nicht gebaut. Grund seien bereits ausreichend vorhandene Kapazitäten zur Müllverbrennung im Land. In Sachsen-Anhalt gibt es derzeit drei Müllheizkraftwerke in Magdeburg, Zorbau bei Weißenfels und Leuna mit einer Jahreskapazität von 1, 3 Millionen Tonnen Haus- und Gewerbemüll.

Zwei weitere Anlagen mit 300 000 Tonnen und rund 100 000 Tonnen Jahreskapazität entstehen in Staßfurt und im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen. Im Land fallen pro Jahr etwa 600 000 Tonnen Müll an, die verbrannt oder alternativ mechanisch-biologisch vorbehandelt werden.

Das Vorhaben sollte von der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr umgesetzt werden. Es hatte sich immer wieder verzögert und war in diesem Jahr nach Angaben der Zeitung wegen finanzieller Probleme der Firma und eines Überangebots an Verbrennungsanlagen ins Wanken geraten.

Ursprünglich sollte die 47 Millionen teure Anlage im Sommer 2007 in Betrieb gehen und jährlich etwa 80 000 Tonnen Müll verbrennen können. Ein entsprechender Vertrag zwischen den Stadtwerken und der Abfallentsorgungsgesellschaft war im Januar 2004 unterzeichnet worden.

Quelle/Autor:

erschienen am: 2007-12-24

europaticker

Wuppertal: Kraftwerk für Ersatzbrennstoffe an fehlenden Mengen gescheitert

Abfall für Kraftwerke wird knapp

Die Wuppertaler Stadtwerke GmbH (WSW) und die Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal konnten eigenem Bekunden nach keine langfristige Brennstoffversorgung sichern. Die großen Entsorger hätten nicht mitgespielt. Dabei sei die Versorgung bei einem 100 Mio. € teuren Projekt auf 20 Jahre zu sichern gewesen. Nun baut stattdessen die WSW im Contracting ein Blockheizkraftwerk.

Bis zum Schluss haben die Geschäftsführungen der Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal (AWG) und der Wuppertaler Stadtwerke (WSW) gekämpft, dennoch konnte keine langfristige Brennstoffversorgung des auf dem Membrana-Gelände geplanten Kraftwerks gesichert werden.

Angestoßen wurde die Entwicklung durch die Firma Erfurt, die auf ihrem Gelände ein Blockheizkraftwerk (BHKW) mit fossilen Brennstoffen bauen wollte. Da auch die Firma Membrana Änderungen bei ihrer Energieversorgung plante, machte die WSW-Tochter AWG den Vorschlag, doch für beide Unternehmen ein EBS-Kraftwerk zu bauen, in dem im Wesentlichen Gewerbemüll verbrannt worden wäre. Monatelang bemühte sich AWG-Geschäftsführer

Wolfgang Herkenberg darum, eine langfristige Versorgungssicherheit für das Projekt auf die Beine zu stellen. "Leider war das erfolglos, die großen Entsorger haben da nicht mitgespielt", bedauert Herkenberg, "aber bei einem 100-Millionen-Euro-

Projekt braucht man eben 20 Jahre Versorgungssicherheit."

Damit käme für die Firma Erfurt wieder die ursprüngliche Überlegung des Blockheizkraftwerkes (BHKW) zum Tragen. Dieses werden die WSW für die Firma Erfurt im Contracting errichten. "Wir hätten das EBS-Kraftwerk wirklich gerne gebaut, aber nicht zu den Risiken. Dies ist eine wirtschaftliche Entscheidung, die dem Standort Wuppertal dient. Es ist uns dabei gelungen, uns gegenüber den Wettbewerbern durchzusetzen, indem wir ein neueres Konzept mit einer erheblich höheren Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung präsentiert haben", erläutert WSW-Vorstandsvorsitzender

Andreas Feicht. Gegenüber der heutigen Energieversorgung kann damit deutlich effizienter und sparsamer Strom und Wärme produziert werden. Nach den bisherigen Planungen könnte das neue Kraftwerk Mitte 2010 in Betrieb gehen.

*Quelle/Autor: Wuppertaler Stadtwerke, Konzernkommunikation
erschienen am: 2008-03-17*

europaticker **Überkapazitäten lassen Investitionspläne in Kiel platzen**

Remondis ist ausgestiegen: Kein dritter Kessel für Müllverbrennungsanlage

In der Kieler Müllverbrennungsanlage (MVK) wird vorerst kein dritter Kessel eingebaut. Wie Kiels Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz am 13. März mitteilte, stoppte die Stadt das Vergabeverfahren auf Empfehlung von Remondis. Die Stadt Kiel hält gegenwärtig 51 Prozent Anteile an der MVK. Der Entsorgungskonzern aus Lünen besitzt 49 Prozent Anteile. Die Aufsichtsräte und die Gesellschafter beschlossen im April 2006, in der Müllverbrennungsanlage eine dritte Verbrennungslinie mit 100.000 Tonnen Jahreskapazität zu bauen.

Daraufhin startete die Geschäftsführung mit der Planung und Genehmigung. Im Mai 2007 stand das Finanzierungskonzept für das 80 Millionen Euro teure Projekt, einen Monat später gab die Ratsversammlung grünes Licht. Die Ratsfraktionen stimmten mehrheitlich zu, dass die Landeshauptstadt Kiel eine Bürgschaft für ihre Beteiligung an der MVK übernimmt. Nun äußerte Remondis Bedenken und empfahl, den Einbau eines dritten Kessel nicht auszulösen.

Trotz des gestoppten Vergabeverfahrens sei die Zukunft der MVK gesichert. In allen Gesprächen habe sich Remondis zu der Anlage bekannt. „Unabhängig von einem möglichen Ausbau bürgt die MVK für eine ökologische Müllbeseitigung in Kombination mit Fernwärmeerzeugung“, sagte Volquartz. Kiel und der dritte Kessel – dies war immer wieder eine Geschichte voller Widersprüche. Als die Müllverbrennungsanlage (MVK) schon vor elf Jahren eine neue Verbrennungslinie erhalten sollte, scheiterte dies an Protesten von Bürgern und den Grünen im Rat. Doch jetzt hat der private Partner der Stadt kurz vor Baubeginn die Reißleine gezogen.

Zur Verwunderung des Staatlichen Umweltamtes Kiel gab es während des Genehmigungsverfahrens – bundesweit einmalig – keinen einzigen Bürger-Einspruch. Als Grund vermutete die Behörde den anerkannt hohen Umweltstandard der Kieler Anlage. Remondis und die Stadt stellten bereits Anfang 2006 die ersten Pläne für die Erweiterung vor. Nach langer Diskussion und Parteitagebeschlüssen fiel im Juni vergangenen Jahres der einstimmige Ratsbeschluss, die Stadt zu beauftragen, die Übernahme einer Ausfallbürgschaft bis zu 32,5 Millionen Euro vertraglich vorzubereiten

Wetzlarer Neue Zeitung

"Müllverbrennungskraftwerk ist vom Tisch"

15.03.2008

(ako). "Das Müllverbrennungskraftwerk in Wetzlar ist vom Tisch." Das hat Landrat Wolfgang

Schuster (SPD) unter Berufung auf ein Gespräch mit Hermann Hofmann gesagt. Hofmann

und Buderus Edelstahl wollten im Dillfeld stabilisierten Müll verbrennen, um Strom für das

Edelstahlwerk zu gewinnen.

Wetzlar. Schon vor einem Jahr hatte Wetzlars Bürgermeister Helmut Lattermann (CDU) erhebliche Zweifel darüber geäußert, ob die Anlage überhaupt entsteht. Damals hatte Karl-Peter Johann, Geschäftsführer Buderus Edelstahl, noch erklärt, dass die Pläne noch aktuell seien. Johann war für eine aktuelle Stellungnahme gestern nicht zu erreichen. Schon kurz nachdem die Pläne im Juli 2006 bekannt geworden waren, hatte es Zweifel gegeben, ob das Kraftwerk die nötige Menge an Trockenstabilat, dem nach der Herhof-Methode aufbereiteten Müll, auf dem Markt bekommen würde. Rund 300 000 Tonnen Stabilat wären nötig gewesen, um für das Edelstahlwerk von Buderus Strom und Wärme zu gewinnen.

Diese Menge hätte für rund 20 Jahre zu einem bestimmten Preis garantiert sein müssen, um einen wirtschaftlichen Betrieb möglich zu machen. Laut Schuster fallen zurzeit die Preise für die Restmüllentsorgung, weil es Überkapazitäten bei Müllverbrennungsanlagen gibt. Die Gesamtmüllmenge nimmt ab. Kaum ein Kreis werde sich in dieser Situation für 20 Jahre an einen Entsorger binden. Auch der Lahn-Dill-Kreis wird seinen Hausmüll nach Ablauf des Vertrages mit Hermann Hofmann neu ausschreiben. So dass auch der heimische Müll nicht eingeplant werden kann.